

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Er erscheint alle 14 Tage. Abonnementpreis 75 Pfg. vierteljährlich. Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14. Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4 gesp. Zeilen 20 Pfg. Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg. Für Postbezug: Postamt Köln.

## Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 27. Wochensatz pro 1911 fällig.

Wir machen die Zahlstellen darauf aufmerksam, daß jene, welche ohne Angaben von Gründen verpätet abrechnen, öffentlich gerügt und sonstige Maßnahmen zu erwarten haben.

Die neuen Abrechnungsformulare sind in 3 Exemplaren auszufüllen, zu besätigen und sämtlich an die Zentrale einzufenden. Das rote Formular geht an die Zahlstelle und ein weißes Formular nach Prüfung durch die Zentrale an den Bezugsleiter zurück.

Der Zentralvorstand  
3. K.: Hornbach.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

1.

Das Jahr 1910 war für die deutsche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für die christlichen Gewerkschaften im besonderen ein sehr bedeutames. Es hat dem Gewerkschaftsgedanken auf den verschiedensten Gebieten wieder um einen großen Schritt vorwärts verholfen. Das Ergebnis der beiden größeren Kämpfe des verfloffenen Jahres (Bauarbeiterausperrung und Werftarbeiterbewegung) haben das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Gewerkschaftsbewegung erneut bekräftigt und befestigt. Die einzelnen Verbände haben ihre Truppen wieder wesentlich vermehrt, und diese Entwicklung hat auch in diesem Jahre angehalten.

Die Tarifserneuerung im Baugewerbe führte zu einer Ausperrung von 20000 Bauarbeitern, die sich über neun Wochen hinzog. Bei Aufhebung derselben mußten indes den Arbeitern in fast allen Differenzpunkten Konzessionen gemacht werden. Die seitherige Grundlage des Vertragsmusters, die die Unternehmer zungunsten der Arbeiter umgestaltet wissen wollten, wurde aufrechterhalten; die Forderung einseitiger Unternehmerarbeitsnachweise wurde zurückgewiesen; der ehemalige Beschluß der Generalsammlung des Unternehmerverbandes, nirgends mehr eine Vertüfung der Arbeitszeit unter 10 Stunden zuzulassen, wurde aufgehoben, und schließlich mußten den Arbeitern noch Lohnerhöhungen von 4 bis 6 Pfg. pro Stunde während der dreijährigen Vertragszeit zugesichert werden, was für die betroffenen Arbeiter während der Vertragsdauer eine Lohnerhöhung von 60-80 Millionen M. bedeutet. Die deutsche Gewerkschaftsgeschichte kennt bisher keinen Fall, wo die Unternehmer eine Ausperrung inszenierten und schließlich selbst die „Kriegskosten“ in dem Umfang bezahlen mußten, wie bei der Bewegung im Baugewerbe in 1910. Dem Kampf im Baugewerbe folgte dann jener auf den deutschen Schiffbauwerken. Hier wurde, als zwischen den streitenden Parteien eine Einigung nicht zustande kam, die Ausperrung von 40000 Metallarbeitern angebrocht. Die Drohung wurde indes nicht ausgeführt. Der mächtigste deutsche Unternehmerverband: der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der seither jedwede Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ablehnte, hat bei diesem Kampf erstmals, entgegen seinen früheren Gepflogenheiten, sich auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingelassen und die Schiffbauindustriellen zu Zugeständnissen bewogen. Diese Tatsache bedeutet für die Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende praktische Errungenschaft in der Großindustrie. Durch sie hat die Idee von der alles niedergebenden Sieghaftigkeit großer Massenausperrungen eine gewaltige Erschlüpfung erlitten.

Das Ergebnis der beiden Kämpfe hat denn auch zu bedeutameren und symptomatischeren Erörterungen über die Stellung und Bedeutung der Unternehmer einerseits und der Gewerkschaftsbewegung andererseits in der Volkswirtschaft geführt. Unmittelbar vor der Bauarbeiterausperrung vertrat Herr Professor Garmis („Frieden und Kapital“ Seite 87) noch diese Auffassung: „Gegenüber den gewaltigen Organisationen der Arbeitgeber mit

ihren fast unerschöpflichen Kampfmitteln und ihren erprobten Kampfmethoden wird die Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer nicht auskommen.“ Dagegen stellte am 2. November 1910, unmittelbar nach den großen Kämpfen im Bau- und Metallgewerbe, Professor Weber-Köln die These auf: „Die letzten Kämpfe zeigten, daß die Arbeitgeberverbände vorläufig und wahrscheinlich auch in ihrer Wehrzahl dauernd schwächer sind als die Arbeiterorganisationen.“

Man braucht schließlich keines der Urteile der beiden Volkswirtschaftslehren als unbedingt richtig anzuerkennen. Die Gewerkschaftsbewegung kann weder von einer Seite, noch von einer Ueberhöhung der Kräfte im Unternehmerlager praktischen Nutzen ziehen. Für sie ist die nackte Wirklichkeit der einzig richtige Ratgeber. Tatsache bleibt aber, daß das Ergebnis der beiden Kämpfe im Lager der Unternehmer eine große Nervosität ausgelöst und zur Neuorientierung ihrer Kampfstatik geführt hat. Ueber die künftig einzuschlagende Taktik gegenüber den Bestrebungen der Gewerkschaften besteht gegenwärtig im Unternehmerlager keine Uebereinstimmung. Als Herr Generalsekretär Bued infolge hohen Alters sich vom Zentralverband deutscher Industrieller verabschiedete, führte er u. a. aus:

„Noch im vorigen Jahre habe ich in der Versammlung der Arbeitgeberverbände der Bundesstadt Ausdruck geben können, daß selbst die mächtigsten Gewerkschaften den vereinigten Arbeitgeberverbänden und ihrem Kapital nicht widerstehen könnten. Diese Zuversicht habe ich heute nicht mehr! . . . Es waren namentlich die drei großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, die so beprimierend auf meine Meinung gewirkt haben. Im Baugewerbe kam schließlich ein Kompromiß zustande, das aber in der Hauptsache als Niederlage der Arbeitgeber zu bezeichnen ist. Ich habe dabei den Mut der Herren vom Reichsamt des Innern herab, die den Arbeitern gegenüber gewissermaßen eine Garantie dafür übernahmen, daß die Arbeitgeber nach drei Jahren in der Lage sein würden, höhere Löhne zu zahlen. Bei solchen Kompromissen zieht in der Regel der Arbeiter den Vorteil. Ich halte es daher auch nicht für richtig, daß sich die Wehrenden in solche Streitigkeiten einmischen. Auch der Streik der Werftarbeiter und der Straßenbahnerstreik in Bremen endeten mit einer Niederlage der Arbeitgeber. Die mühselig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer furchtbaren Waffe entwickelt. Mit Ausperrungen drohen, damit wird nichts erreicht, darüber lagern die Leute bloß. Kleine Ausperrungen von 30000 bis 40000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: zunächst unter Ueberwindung der aus feindlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzujagen, zu versetzen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Geher und Aufhörer zu lassen und nach ihrer Wesse zu tanzen.“

Herr Bued ist also der Ansicht, daß die Unternehmer durch festen Zusammenschluß „die Gewerkschaften niederzujagen, zu versetzen, zu vernichten“ hätten: er glaubt nicht mehr daran, daß den Unternehmern durch die Befehgebung der erwartete Schutz zu teil werde gegenüber den Gewerkschaften. Andere einflußreiche Unternehmerkreise dagegen sind der Ansicht, daß die Industrie allein die Opfer, die ihr Bued zumutet, nicht allein tragen könne, daß vielmehr die Befehgebung zu Gunsten der Industriellen einzuschlagen habe.

Die hier ventilierten Probleme sind nicht neu; sie haben seit 20 Jahren die Lagungen der Unternehmerverbände mehr oder minder stark beschäftigt. Als 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben wurde, hat sich der Zentralverband deutscher Industrieller alsbald mit der Frage beschäftigt, wie sich neue gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung würden herbeiführen lassen. Als dann 1899 das Gesetz betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, die sogenannte Justizhausvorlage, die jahrelang die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, abgelehnt worden war, wurden eine zeitlang die Selbsthilfebewegungen der Unternehmer gegen die Gewerkschaftsbewegung stärker hervorgerufen. Es wurden in Hamburg

und Berlin die Unternehmerzwangsarbeitsnachweise eingerichtet, es wurden die verschiedensten Ausperrungsmethoden, die Massenausperrungen, die Ausperrungen nach dem A-B-C diskutiert und teilweise praktiziert. Und jetzt ist man wieder in verstärkter Masse bei der Forderung nach neuen gesetzlichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung angelangt.

Wir geben mit den Industriellen darin einig, daß der deutschen Industrie in Gegenwart und Zukunft sehr bedeutsame Aufgaben obliegen; sie soll in der Hauptsache alljährlich 900000 Personen — so groß ist der deutsche Bevölkerungszuwachs — die Existenzmöglichkeit verschaffen. Weiter ist die Stellung verschiedener deutscher Industriezweige in dem internationalen Konkurrenzkampf eine außerordentlich schwierige. Trotzdem müssen wir die Auffassung, als ob durch gesetzliche Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung die Stellung der deutschen Industrie gestiftet und ihre Weiterentwicklung sichergestellt werden könne, als eine außerordentlich Kleinliche bezeichnen; sie steht zu dem von unseren deutschen Industriekapitänen entwickelten Unternehmertum, der es mit allen Schwierigkeiten aufnimmt, in striktestem Gegensatz.

In einer Zeit, in der man für die Industrie staatlichen Schutz gegenüber dem Auslande und für ihre Parteilierung größtmögliche Bewegungsfreiheit fordert und selbst vom Staate verlangt, daß er sich mit seinen gemerblichen Unternehmungen den Industriearbeitslosen (Kohlenhütten) anschließen — in solcher Zeit müssen Forderungen von der gleichen Seite nach Einengung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen vermittle der Befehgebung gerabeu als absurd bezeichnet und zurückgewiesen werden. Solange die Unternehmer der Großindustrie nicht den ehrlichen Willen gezeigt haben, sich auf eine Verständigung mit den Arbeiterorganisationen einzulassen, müssen sie jedenfalls sich des Bedankens entschlagen, daß ihr gegen die Arbeiterorganisationen gerichteter Appell an die Befehgebung etwa als eine allgemeine volkswirtschaftliche Notwendigkeit anzusehen oder zu bewerten sei. Den deutschen Industriellen wird vielmehr nichts anderes übrig bleiben, als daß sie sich mit Vertretern der Arbeiterorganisationen an einen Tisch setzen und ihnen eventuell von Fall zu Fall den Nachweis bringen, daß hinsichtlich dieser oder jener Forderung die Möglichkeit fehlt, sie jeweils zu realisieren. Dann werden sie finden, daß auch in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft Verständnis für die Stellung der deutschen Industrie anzutreffen ist und daß die sogenannten Forderungen im Interesse der Agitation“ zu einem sehr großen Teile zurückgedrängt werden und aus den Versammlungen verschwinden. Durch die Herbeiführung einer solchen Sachlage wäre dann auch dem sogenannten „Demagogentum“ in der Arbeiterbewegung am wirkfamsten das Konzept verdoeben. Andererseits müssen sich die Unternehmer damit abfinden, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach einem größtmöglichen Anteil an den Erträgen unserer Produktion und Gesamtentwicklung gerechtfertigt sind und sich nicht mehr gewalttätig zurückdrängen lassen. Das heißt schließlich unser gesamtes Kulturniveau zurückdrängen, was ein vergebliches Beginnen wäre.

Auch im Gewerkschaftslager haben die beiden Kämpfe zur Aufrollung gewerkschaftlicher Grundfragen geführt. Dabur, daß der Kampf im Baugewerbe, der sich auf Hunderte von Orten erstreckte, durch Schiedspruch seine Beendigung fand, und daher manche berechtigten belächelnden Ansprüche nicht berücksichtigt werden konnten, hat sich verschiedentlich auch in Arbeiterkreisen eine Unzufriedenheit mit dem Ergebnis des Kampfes bemerkbar gemacht. Das Organ des sozialdemokratischen Zimmerverbandes, „Der Zimmerer“, hat nachträglich diese Unzufriedenheit weiter genährt und sich gegen Tarifbewegungen von ähnlichem Umfang ausgesprochen. Es redete von „Empfischung“, „Einschränkung der Aktionsfreiheit“, „Anebelung“ durch Tarife und vertrat den Standpunkt, daß bei der Tarifgestaltung nicht „Routine und Diplomatie“ der Führer, sondern „der einzig zuverlässige Faktor nur noch die Masse“ sei. Das Organ des sozialdemokratischen Malerverbandes, „Der Vereinsangehörte“, betrachtet die Tarifverträge lediglich als eine „Frage der Taktik“ und legte sich u. a. die Sache wie folgt zurecht:

Wir haben bereits erwähnt, daß der Tarifvertrag eigentlich nichts als eine Formfrage ist. ... Auf der anderen Seite könnten ja die Arbeiter, wenn sie vollständig organisiert wären und ihre Macht hinreichend würde, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen diktieren, und wir wären über die Frage des Tarifes hinweg. ... Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen der Stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.

Der Entwidlung des Tarifvertrages würde der denkbar schlechteste Dienst erwiesen, wenn diese Auffassungen Allgemeingut in der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden sollten. Die christlichen Gewerkschaften haben mit ihnen jedenfalls gemein. Der der Tarifvertrag will, muß sich ganz naturgemäß damit abfinden, daß auf die Dauer an die Stelle der ehemals in den einzelnen Orten und Bezirken vereinbarten Tarife der Reichstarif tritt. Das liegt schon in der Tatsache und Notwendigkeit, begründet, daß Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit gleichmäßigen Konjunkturbedingungen darstellt. Sobald das Tarifwesen innerhalb eines Gewerbes eine bestimmte Entwicklungsstufe erreicht hat, erweist sich als notwendig, daß eine einheitliche Grundlage herausgearbeitet wird, von der aus auf eine bessere Ordnung innerhalb des Gesamtgewerbes hingesteuert werden kann. Daß bei der Gestaltung solcher das ganze Reichsgebiet umfassender, zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu vereinbarenden Gewerbeverträge die Arbeitgeber und Arbeiter eines Ortes nicht den Einfluß ausüben können, den sie früher bei Gestaltung örtlicher Tarife ausübten vermochten, ist eine Selbstverständlichkeit und unvermeidlich. Wer diese Begleiterscheinung in der Tarifbewegung nicht in den Kauf nehmen will, muß im letzten Grunde das Tarifwesen überhaupt negieren.

Auch aus dem einseitigen Vordringen auf die wirtschaftliche Macht erwachsen auf die Dauer der Tarifgestaltung nur Schwierigkeiten. Es steht ohne weiteres fest, daß ohne die Machtentfaltung der beteiligten Arbeiterorganisationen der heutige Stand der deutschen Tarifbewegung nicht erreicht worden wäre. Ehemals haben sich die Arbeitgeber in den handwerksmäßigen Berufen genau so der Tarifvertragsbewegung widersetzt, wie es heute noch seitens der Großindustriellen geschieht. Erst die wirtschaftlichen Kämpfe und der dadurch den Unternehmern im Bau-, Holz-, Schneidergewerbe u. entstandene Schaden haben sie über die Unhaltbarkeit ihrer früheren Tarifgegnerschaft belehrt. Ebensoviele aber geht es an, den Arbeitern einzureden, daß allein ihre Macht hinreichen würde, den Unternehmern einfach ihre Bedingungen zu diktieren! Mit Macht allein ist auf die Dauer keine gewerbliche Ordnung, keine höhere Stufe gewerblicher Kultur heraufzuführen. Der der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angehängte Wucherbruder-Verband stellt ohne Zweifel ein mächtiges Organisationsgebilde dar. Er umfaßt über 90 Prozent sämtlicher im deutschen Wucherbruderwerke tätigen Gehilfen und besitzt ein Vermögen von mehr als acht Millionen Mark. Trotzdem ist sich niemand klarer darüber, als die letzten Personen des Wucherbruderverbandes selbst, daß die Wucherbruder noch lange nicht „über die Frage des Tarifes hinaus“ sind und sie den Unternehmern nicht „einfach ihre Bedingungen diktieren“ können. Unser Wirtschaftsorganismus und das gewerbliche Leben sind viel zu kompliziert, als daß sie sich nach Diktat oder mit einigen Kraftworten regulieren ließen.

Für die christlichen Gewerkschaften ist der Tarifvertrag nicht lediglich eine Machtfrage; für sie ist er vielmehr eine notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung.

Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32.122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig waren) 5.963.851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, die mehr als 10 Personen beschäftigten, waren insgesamt 7.948.426 Personen tätig. Diese Massenarmee kann ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Gehaltungs- u. c.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Die müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zu verwirklichen ausgebaut werden können. Die christlichen Gewerkschaften sehen sonach in den Tarifverträgen geeignete Mittel, durch die zu gleicher Zeit eine ruhige, solide gewerbliche Entwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterschaft ermöglicht wird.

## Die neue

# Reichsversicherungsordnung.

### Die Invalidenversicherung.

Durch die Reichsversicherungsordnung wird die Invalidenversicherungspflicht auf weitere Personenzweige ausgedehnt. Es sind das die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, sowie Personen, die aus Wägen-, oder Orchestermitgliedern beschäftigt werden. Es werden also nach § 1212 vom vollendeten 16. Jahre an verpflichtet:

1. Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge, Bedienstete, Dienstboten.
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
3. Handlungsgehilfen und -lehrlinge, Gehilfen und Bedienstete in Apotheken.
4. Wägen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen.
5. Lehrer und Erziehler.
6. die Schiffabesatzung deutscher Seefahrzeuge und die Besatzung von Fahrzeugen der Binnen-Schifffahrt.

Die unter Nr. 2 bis 6 Bezeichneten, also Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen, Schiffer sind nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt.

Die Verdienstgrenze bei den 3 Versicherungsarten ist verschieden; sie beträgt für die Betriebsbeamten und Unfallversicherer 5000 Mark. Die genannten Personen sind jeweils innerhalb dieser Gehaltsgrenze versicherungspflichtig.

Die Ausgewerbetreibenden, Heimarbeiter sind nur dann invalidenversicherungspflichtig, wenn sie als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung in Betracht kommen. Die Ausgewerbetreibenden werden zwar durch die R.-V.-O. der Krankenversicherung unterworfen, nicht aber der Invalidenversicherung. Es ist den verbündeten Regierungen überlassen, die Versicherungspflicht auch auf diese Kategorie von Arbeitern auszuweiten. Es können so mehr die besonderen Verhältnisse der Heimarbeiter, die in den verschiedenen Teilen des Reichs sowohl wie nach ihrer Beschäftigungsart so verschieden sind, berücksichtigt werden. Dem Bundesrat ist es überlassen, die Versicherungspflicht auch auf Betriebsunternehmer, Bauern usw. auszudehnen, die in ihren Betrieben nicht mehr als einen Versicherungspflichtigen beschäftigen.

Der Zwangsinvalidenversicherung steht die freiwillige Versicherung gegenüber.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind bis zum vollendeten vierzigsten Lebensjahre berechtigt

1. die im voraus angeführten § 1212 unter Nr. 2 bis 5 Bezeichneten und Schiffer, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als 2000 Mk., aber nicht über 3000 Mk. beträgt,
2. Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, sowie Ausgewerbetreibende,
3. Personen, die nur gegen freien Unterhalt oder nur vorübergehend gegen Entgelt beschäftigt werden.

Die Berechtigten können die Selbstversicherung beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis fortsetzen, bezw. erneuern. Die Bestimmungen darüber sind etwas strenger gehalten als nach dem alten Gesetz, und zwar im Hinblick auf die Hinterbliebenenversicherung. Die freiwillige Versicherung, bezw. die Weiterversicherung wird durch die Hinterbliebenenversicherung wertvoller und in erhöhtem Maße ausgebaut werden, daher auch höhere Kosten verursachen.

Die Invalidenversicherung wird nach

### Lohnklassen

durchgeführt. Die Höhe der Beiträge und der Renten wird nach ihnen bemessen. Dem Versuche, den vorgeesehenen Lohnklassen noch weitere anzufügen, im Hinblick auf die höher entlohnten Arbeiter und Angestellten, trat die Regierung mit großer Entschiedenheit gegenüber. Es wurde von dieser Seite betont, daß dadurch eine völlige Revolution der Grundlagen der Versicherung herbeigeführt und die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger in bedenklichem Maße würde geschädigt werden. Es bleibt denn auch bei den bisher schon gültigen fünf Lohnklassen; die erste bis 350 Mark, dann die weiteren bis 550, 850, 1150 und die fünfte von mehr als 1150 Mark. Soweit nicht anders bestimmt ist, ist für die Jugendrenten zu den Lohnklassen statt des tatsächlichen Jahresarbeitsverdienstes nach dem Orts- bezw. Grundlohn. Das dessen Festsetzung und Berechnung eine andere sein wird als bisher, darüber ist in den vorausgehenden Artikeln schon eintriefend gesagt, so wird für viele eine bessere Versicherung eintreten als bisher.

Die Versicherung in einer höheren Lohnklasse ist erlaubt, der Arbeitgeber zum höheren Beitrag nur verpflichtet, wenn er sie mit dem Versicherten vereinbart hat. Mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung werden die

### Beiträge

bei den einzelnen Lohnklassen etwas erhöht. Es trifft auf die einzelnen Klassen 2, 4, 6, 8 und 10 Pfennig. Jede Woche ist zu zahlen in der

I. Klasse	16 Pf.
II. "	24 "
III. "	30 "
IV. "	36 "
V. "	48 "

Die Hälfte der Beiträge zahlt der Arbeitgeber.

### Renten.

Als Leistungen gewährt die Versicherung Invaliden- oder Altersrenten sowie Renten, Witwengeld und Waisenrente für Hinterbliebene. Invaliden- oder Altersrente erhält, wer die Invalidität oder das gesetzliche Alter, sowie die nötige Zahl gelebter Marken nachweist. Hinterbliebenenrente wird gewährt, wenn der Verstorbene die Wartegeld (200 Wochen) für die Invalidenrente erfüllt hat. Witwengeld und Waisenaussteuer wird dann gewährt, wenn die Witwe selbst die Wartegeld erfüllt hat. Der auf die Invalidenrente hauptsächlich bezugnehmende § 1240 wurde in der Kommission unter dem Widerspruch der Regierung erweitert und auch im Plenum so akzeptiert. Der betreffende Paragraph lautet nunmehr:

Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Versicherten, der infolge von Krankheit oder anderen Ursachen dauernd invalide ist.

Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was Waisenlohn und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während sechsmonatiger Wochen ununterbrochen arbeitsunfähig gewesen ist oder der nach Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität (Krankenrente).

Altersrente wird bis bisher gewährt, nach vollendetem 70. Lebensjahre, auch dann, wenn der Versicherte nicht invalide ist. Die meisten Parteien des Reichstags

sind Freunde der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre und Vermehrung der Rente von diesem Jahre an. Dagegen hatte sich die Regierung schon in der Kommission mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. Im Plenum wäre beinahe die ganze Reichsversicherungsordnung an dieser Frage gescheitert, indem die Linke durch einen erneuten Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre koste 20 Millionen Mark, davon 9 Millionen dem Reich, Staatssekretäre des Reichs erklärte: Werde der Antrag angenommen, so würden die verbündeten Regierungen die R.-V.-O. als gescheitert betrachten.

Angesichts dieser Verhältnisse, bei dem einheitlichen Widerstand der verbündeten Regierungen, im Hinblick auf die erste Befehle des Scheiterns der ganzen Reichsversicherungsordnung, die, wie auch der nationalliberale Redner Dr. Stresemann ausgesand, einen großen Fortschritt bedeutet, blieb den Freunden der Vorlage nichts anderes übrig, als gegen die Herabsetzung der Altersgrenze zu stimmen.

Vorher hatte schon in einer vielbemerkten Rede unser Kollege Reichstagsabgeordneter Weder (Eisenberg) darauf hingewiesen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze nicht die wichtigste Forderung der christlichen Gewerkschaft sei. Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln wurde ausdrücklich verlangt, daß man den Invaliden, die noch unersorgte Kinder haben, in erster Linie helfen und deren Befolge erhöhen sollte. Namentlich in Gewerbe und Industrie gibt es eine große Anzahl von Arbeitern, die zwischen 30 und 40 Jahren invalide werden; da sind sehr oft noch Kinder da, die nichts verdienen. Diesen zu helfen, ist viel dringlicher, als andere, die bei 65 Jahren noch nicht invalide sind und keine Kinder haben. Die Kommission habe denn auch auf Antrag des Centrums Kinderrente eingeführt, die etwa 10 Millionen Mark den Versicherten bringen wird.

## Dritte süddeutsche Konferenz.

Bayerns kunstgewaltige Residenzstadt, das gemüthliche München war diesmal nach Wahl der süddeutschen Zahlstellen der Tagungsart für die dritte süddeutsche Konferenz. Daß diese Wahl des Ortes und der Zeit eine glückliche war, beweist die Tatsache, daß hierzu sämtliche bayrischen Zahlstellen ihre Vertreter entsandt hatten; die Zahlstellen unseres Nachbarlandes Württemberg waren durch Kollegen Reinhard - Stuttgart vertreten. Bei der am Vorabend der Konferenz von den Münchener Kollegen veranstalteten herzlichen, unterhaltenden Begrüßungsfeier konnten sich darum auch die Delegierten aus allen Teilen Süddeutschlands die Wiedersehensfreude teilweise als Bekannte, zur allgemeinen Freude hatten sich neuer auch einige junge Mitkämpfer für unsere Sache als Delegierte eingefunden, die, um es schon hier gewachsen waren, überhaupt ist ein bedeutender Fortschritt seit der letzten Regensburger Konferenz unverkennbar.

Kollege Schmid München begrüßte namens der Münchener Zahlstellen die Delegierten, besonders den Zentralvorsitzenden Kollegen Hornbach - Köln, sowie den Gauleiter Süddeutschlands Kollegen Wächter - Kempten und wies auf die wichtigen Fragen hin, die der Konferenz zu lösen vorliegen, schloß mit dem Wunsche, daß sie zum Wohle unseres Verbandes verlaufe. Ein solides Programm, das den großen Vorzug hatte, nicht zu ausgebeutet zu sein, füllte den Abend aus, während dessen man auch Gelegenheit hatte, das weilerbühmte Münchener Bier auf seine Güte zu probieren, doch nicht zu lange, denn bereits um die Mitternachtsstunde hatten sich die Delegierten in Morpheus Arme geworfen, um den Beratungen des kommenden Tages erquickt an Körper und Geist anzuwohnen zu können.

Die Gaulkonferenz selbst begann am Sonntag 24. Juni vormittags 9 Uhr im Wismayer-Gartenlokale. Kollege Schmid eröffnete dieselbe, das Bureau war mit folgenden Kollegen besetzt worden: Vorsitzender Gauleiter Wächter - Kempten, Schriftführer Page - Würzburg, Beisitzer Kaller - Alzenau. Kollege Wächter gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Berichte der Zahlstellen. 2. Sekretariatsfrage. 3. Anträge der Zahlstellen. 4. Versicherungsbericht.

1. Den Zahlstellenberichten war zu entnehmen, daß sich nicht nur alle Zahlstellen seit der letzten Regensburger Konferenz gehalten haben, die meisten derselben haben sogar einen erfreulichen Aufschwung genommen, dazu die Neugründung von einigen, wenn auch kleinen Zahlstellen. In allen Zahlstellen zeigt sich das erste Bestreben auf Verbesserung der bestehenden Tarifverträge und Einführung von neuen. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften gegenüber haben alle Zahlstellen sich ehrenvoll behauptet. Von mehreren Zahlstellen wurde auch das struppellose Verhalten der Wucherbruder in der Wahl der Mittel für die Agitation scharf geäußert. Ueberhaupt waren die Zahlstellenberichte so recht geeignet, den Delegierten einen klaren Aufschluß zu geben über den von und bereits zurückgelegten Weg, unseren heutigen Stand, sowie über die Anwendung jener Mittel, die uns in der Zukunft eine glänzende Weiterentwicklung garantieren. In seiner nachfolgenden Besprechung der Zahlstellenberichte sprach Kollege Hornbach den einzelnen Zahlstellen je nach Verdienst mit allem Freimuth Lob oder Tadel aus.

Zur Frage der Anstellung des 2. Beamten lagen der Konferenz von fast allen Zahlstellen Anträge vor, die den Sitz desselben in Süddeutschland fordereten. Einige erklärten sich sogar bereit, für diesen Fall Ersatzbeiträge zu leisten. Wenn auch die Debatte über diesen Punkt zeitweise sehr lebhaft war, so ließen sich die Delegierten bei der Abstimmung hierüber einmütig nur vom Gedanken des Wohles für den ganzen Verband leiten; denn als Kollege Hornbach erklärte, durch den Sitz des zweiten Beamten in Süddeutschland wird wahrscheinlich die Zentrale in Köln die so wichtige

notwendige Entlastung doch nicht finden. Schließlich erklärten sich die Delegierten damit einverstanden, daß die nächste Zentralvorstandssitzung dem kommenden zweiten Sekretär seinen Sitz dahin bestimmen, wo er am meisten für den ganzen Verband wirken kann. Hoffentlich erfüllen sich die auf ihn gesetzten Hoffnungen in agitatorischer Hinsicht.

Neben den Anträgen wegen des zweiten Beamten lagen auch solche vor von der Zahlstelle Rempten betreffs Agitation unter den Beschäftigten und Arbeiterinnen. Betreffs Gewinnung v. Belegungen wurden von den Kollegen Wächter, Schmid und Hornbach in dieser Sache gemachte Erfahrungen den Delegierten mitgeteilt, die wenn überall befolgt, unserem Verband die Belegungen zuführen, denn wer die Zukunft haben will, muß die Jugend zu gewinnen suchen. Auch der Gewinnung von Kolleginnen müssen wir in Zukunft noch mehr als bisher unser Augenmerk zuwenden. In welcher Weise praktische Resultate in der Gewinnung v. Arbeiterinnen zu erzielen sind, zeigten an Beispielen u. a. recht anschaulich die Ausführungen des Kollegen Voelk. Regensburg.

Unter Verschleudern wurde von den Kollegen Rauch-Kaunbeuren, Schmid-München und Page-Würzburg mehrere Wünsche vorgebracht deren Erfüllung der Verbandsvorstand aufzute.

In seinem daran anschließenden Schlusswort sprach Kollege Wächter seine Befriedigung über den Verlauf der Verhandlung aus. Er forderte die Delegierten mit anfeuernden Worten auf, mit dem Gelübdis wackerer Weiterarbeit für unseren Verband nach Hause zurückzukehren, dann werde es in Zukunft noch besser gehen. Bis wir in zwei Jahren wieder zusammen kommen, habe sich auch die wirtschaftliche Entwicklung noch weiter gelöst. Er endete mit dem Wünsche guten Gedeihens für unsere Verbandsangelegenheiten.

Darauf sprach noch der Zentralvorsitzende Kollege Hornbach unserem Gauleiter Kollegen Wächter den Dank des Zentralvorstandes aus für seine eifrige und mühselige Arbeit, die Süddeutschen hätten allen Grund, auf ihren Gauleiter stolz zu sein und schließt mit dem Wünsche, Kollege Wächter möge noch lange seinen Posten ausfüllen.

Damit hatte nach secheneinhalbstündiger Dauer die dritte Süddeutsche Bezirkskonferenz ihren Abschluß gefunden:

Ein brüderlicher Händedruck und die Delegierten fuhren dann ihrer Heimat zu, das Herz überfüllt von guten Anregungen, die heranzehren mögen zu Früchten für unseren Graphischen Zentralverband.

Den wackeren Münchener Kollegen aber sei auch an dieser Stelle noch einmal für die bewiesene Gastfreundschaft und Aufmerksamkeit der herzlichste Dank aller Delegierten ausgesprochen.

setzten die Nachricht eigenhändig. Darauf erklärte das Maschinenpersonal der Neuen Freien Presse, die Arbeit sofort einzustellen, wenn die Notiz in 8 Blatt komme. Bei der Zeit hatte das Personal Entschlossen, und so ist die Zeit die einzige österreichische Zeitung, die die Nachricht im Sonntagsblatt hatte. Der Druckereileiter der Neuen Freien Presse fuhr um 4 Uhr früh nach Weibling in die Wohnung des Gehilfenobmanns, erhielt aber nicht die erbetene Ermächtigung und mußte das Blatt mit den alten Platten drucken, also ohne die Bombe, wobei noch einige Pflöge nicht erreicht wurden. Nun kam aber noch ein Nachteil. Heute früh traten die Seger der Zeit in Streit zur Strafe für die Mißachtung des Tarifs. Um 1 Uhr wurde noch mit ihnen verhandelt, ob das Abendblatt erscheine oder nicht. Lind das Schicksal: die Blätter dürfen von alledem nichts berichten, denn kein Seger würde eine dies bezügliche Notiz setzen.

Das war vor drei Jahren. Lind daß es heute noch nicht besser geworden ist, beweist ein ähnlicher Fall, über den die Buchdruckerei Nr. 9 (1. Mai 1911) berichtet. Im Sarajevoer Tagblatt haben die Seger die Arbeit verweigert, weil sie nicht die über den Tarif hinausgehende Feuerungszulage erhielten. Die Seger haben so langsam gesetzt, daß die Zeitung nicht fertig wurde, und gerade das aktuelle Material unbenutzt gelassen. Die Forderung, eine Notiz zu setzen, in der dem Publikum der Grund des verringerten Umlages des Blattes mitgeteilt wird, wurde seitens der Seger nicht erfüllt. Das Sarajevoer Tagblatt fährt nach Schilderung des Falles fort: „Ähnlich wie uns erging es überdies auch den anderen Buchdruckereien. In einer Druckerei wurde sogar, wie es scheint, böswillig Brand gelegt, in anderen Betrieben auf verschiedene Arten Schaden gemacht.“ In Oesterreich ist die sozialdemokratische Organisation Allmählich.

Wenn erst dem Verband der Kampf noch mehr schmilzt, kann man sich auf allerlei gefaßt machen. Bei der Besprechung des Jahresberichts (Nr. 44 1911) meinte der Korrespondent großprecherisch: Der Verband ist der Poi, um den sich alles dreht. Gerade so großprecherisch wie 1907, als er schrieb (Nr. 113): „Man soll erfahren, was es heißt, gegen eine Arbeitervereinigung von Wert zu sein.“

Damals hat der Gutenberg-Bund in Gemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften den Kampf aufgenommen — es handelte sich um den Abschluß des Monopolvertrages — und zwar mit Erfolg. Der Verband soll sehen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Aus den kurz angeführten Beispielen werden die christlich-nationalen Arbeiter zur Genüge erkennen, daß sie ein Interesse daran haben, daß der sozialdemokratische Buchdruckerverband nicht zur Allmählichkeit kommt, sondern daß die Organisation der Buchdrucker, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, weiter erstarkt, und das ist der Gutenberg-Bund.

### Die Lohnbewegung bei der Firma Soenneden in Bonn und der beabsichtigte Arbeitererrat des Genossen A.

Im vergangenen Jahre fand durch Einleitung einer Bewegung der Gewerkschaftsgegner bei der Arbeiterschaft der Firma Soenneden, mehr wie bisher Eingang. Da neben dem Buchbinderpersonal auch ein großer Teil der Beschäftigten zur Metallbranche zählten und in beiden Branchen, die christlichen und sozialdemokratischen Organisationen schon Mitglieder hatten, so bemühten sich vier Organisationen um die Gewinnung der Fernarbeitenden. Durch Beschluß der Lohnkommission wurden die Forderungen von unserem Verbandsvorsitzenden und den Gauleitern des christlichen Metallarbeiterverbandes, des sozialdemokratischen Metallarbeiter- und Buchbinderverbandes unterschrieben, der Firma eingereicht. Da aber die Firma ein direktes Verhandeln mit einer gewählten Kommission ihrer Beschäftigten selbst wünschte, so wurde denn nach Beschluß mehrerer Schriftstücke entworfen. Das Versprechen der Kommission zeigte nicht ein direktes Zugeständnis, sondern es wurde seitens des Chefs der Firma Herr Kommerzienrat in Aussicht gestellt, daß im Frühjahr 1911 die geforderten Änderungen besprochen und soweit wie möglich zugestanden werden sollten.

Da die übergroße Mehrheit erst kurz organisiert und insbesondere seitens des Vertreters des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bestimmt erklärt wurde, daß er unter keinen Umständen Unterstützung leisten könnte, da nur ca. 7 Mitglieder seines Verbandes bezugsberechtigt wären, so blieb gar kein anderer Ausweg, als eine abwartende Stellung einzunehmen. Ferner lag auch keine Veranlassung vor an den in Aussicht gestellten Zugeständnissen zu zweifeln. Im Frühjahr 1911 wurde im Vertriebsbereich angekündigt, daß nach Rückkunft des sich auf Reisen befindlichen Chefs der Firma, die Wünsche der Arbeiter größtmöglichst erfüllt werden sollten. Durch verschiedene Umstände verzögerte sich jedoch die Angelegenheit und man wurde sich in der Kommission einig, die Firma durch ein Schriftstück an ihr Versprechen zu erinnern. Ein Kommissionsmitglied unseres Verbandes war zum Abschluß desselben beauftragt und es wäre alles wie beschlossenen vor sich gegangen, wenn nicht gleichzeitig 2 Kommissionsmitglieder der sozialdemokratischen Verbände ausgeblieben wären. Der von den sozialdemokratischen Verbänden bestimmte Versuch erfuhr durch aus mit Recht seitens der christlich organisierten Kommissionsmitglieder Ablehnung.

Obwohl schon eingangs der Bewegung die ältesten und angesehensten Kollegen von uns sich freiwillig als Kommissionsmitglieder zur Verfügung stellten, ging die Auswahl der Genossen nicht allzu glatt vor sich. Das Kommissionsmitglied Nießen vom sozialdemokratischen Verband trat von dem Zeitpunkt, als er eine mehr ge-

höbene Stellung bei der Firma erreichte, aus der Kommission aus und legte seinen Posten als Zahlstellenvorsitzender nieder. Als Ersatz für die Kommission bestimmte man ein erst seit wenigen Monaten im Betriebe tätiges Mitglied des Buchbinderverbandes, welches keineswegs die volle Anerkennung der Genossen fand. Die Stellungnahme des sonst nur in Straftauschläden waltenden Genossen Nießen war nicht geeignet den vorgeschobenen Grund Vertrauensverlustes Glauben zu schenken, denn hierzu hätte er früher eher zuzustimmende Gelegenheit gefunden. Von jedem aufmerksamen Kenner der Verhältnisse mußte der plötzliche Rückzug des Herrn Nießen nur als Freigabe gedeutet werden. Was tat aber die sozialdemokratischen Verbände, sie schwindelten ihren Leuten vor, die christlichen Kommissionsleute seien zu feige und ein superkluger Genosse, (Vollarbeiter) Mitglied der Kommission richtete, ohne von der Gesamtheit autorisiert zu sein, ein Schreiben an die Firmeninhaber, um sie an ihr gegebenes Versprechen zu erinnern. Nachdem dann dieser als angenommenen Vertreter der Gesamtheit seitens der Firma angesehen wurde, teilte man ihm die Zugeständnisse, welche demnach eintreten sollten, lediglich mit, die die Genossen glaubten dies als alleiniger Erfolg des sozialdemokratischen Metallarbeiter- und Buchbinderverbandes ausschlagen zu können. Mit Lüge und Verleumdung versuchte man christlich organisierte in rote Lager zu zerren und ist dies ja leider bei einigen jungen Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes gelungen. Daß aber keine Geschäft mit dem Gesamtunter bei Mitgliedern unseres Verbandes gemacht werden konnten, ärgerte den Genossen A. und Konforten riesig und Herr Nießen in seinem blinden Haß verließ sich schließlich soweit, den gemeinsamen

#### Arbeitererrat

zu infizieren.

Von den sozialdemokratischen Verbänden wurde eine Betriebsversammlung angefangen, um das Resultat der Zugeständnisse bekannt zu machen. Unsere Kommissionsmitglieder wurden vorher nicht über den Termin befragt, sondern sie erlangten erst mit der Gesamtheit Kenntnis. Infolge Bruchs der vorausgegangenen Abmachungen seitens der Genossen, haben die christlichen Führer der christlichen Verbände den Mitgliedern geraten, die angesagte Versammlung nicht zu besuchen, sind sich aber schlüssig geworden als Kommissionsmitglieder mit Beziehung der Verbandsvertreter in der besagten Versammlung zu erscheinen. Infolge der Kürze konnte nur ein Erscheinen unseres Vertreters, des Kollegen Hornbach ermöglicht werden.

Die Vertretung erfolgte wie vorausgesehen als Erfolg der sozialdemokratischen Verbände. Kollege Hornbach unterschog deshalb das Verhalten der Genossen einer durchaus berechtigten Kritik und erklärte das Zugeständnis der Firma als befriedigend, verlangte aber, daß die Antwort der Arbeiterschaft nicht wieder wie bisher unter Bruch der früheren Abmachungen, sondern von allen beteiligten Verbänden, oder mindestens Organisationsrichtungen gegeben werden müßte. Es gab trotz des Zuspruchs, teils sozialdemokratischer Führer, auch Gegner, was bei der Zusammenkunft der Verhandlung und vorausgegangenen Wege zu erklären war. Wäre von uns die Parole zum Versammlungsbesuch ausgegeben worden, dann hätten die Genossen nicht über die Weisheit verfügt. So aber füllte der wegen Krankheit von seinem Amte zurückgetretene Genosse Nießen sich kräftig genug, um eine leidenschaftliche, vom blinden Haß triebende persönliche Feindschaft gegen den Meister des Betriebes und die Kommissionsmitglieder unseres Verbandes zu halten. Das unglückselige seiner Ausführungen war jedoch das, daß er öffentlich erklärte, durch Vorkriegszeit werden bei der Firma

#### Die Gerabsetzung bestehender Arbeitsbedingungen

Dieser angebotene Arbeitererrat wurde nicht aus dem Empfinden, daß Ungerechtigkeiten bestehen, geboren, sondern einzig und allein deswegen, weil die Buchdruckerei fast durchweg christlich organisiert ist und angesehenen Kollegen dafür sorgen, daß die roten Verleumder nicht mit Lüge und Verleumdung Mitglieder der christlichen treiben können. Jahrelang hat dieser auf seinen Sozialismus so stolze Buchbindervertreter in der gleichen Abteilung gestanden, und nachdem er kaum in eine andere Abteilung (Druckerei) in eine „gehobener“ Stellung einrückte konnte, glaubte er sich stark genug, nur um seinem Haß zu dienen, die christliche Organisation, deren Mitglieder u. a. zu verdächtigen und eine Schädigung notwendig bestehender Verhältnisse herbeizuführen. Vom Zentralvorsitzenden Hornbach erfolgte sogleich auf die „Glanzleistung“ dieses Herrn die nötige Antwort, und wenn die schwer zu Unrecht verurteilten Kollegen unseres Verbandes von einer direkten Antwort ablassen, so ist das durchaus zu verstehen, denn solche vom blinden Haß getragenen Verleumdungen bedingen den Stempel der Verachtung. Wenn Herr A. glaubt ein Opfer der Christlichen geworden zu sein, dann mag er sich nur an seine eigenen Worte erinnern, die darin gipfelten, er wisse, daß er auf Grund seiner Meinerungen fliege.

Endlich finden wir in Nr. 27 der Deutschen Buchbinder-Zeitung den schon wochenlang von Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes angekündigten Artikel über die Bewegung bei der Firma F. Soenneden, Bonn, Schreibwaren und (Kontorarbeiten) Fabrik. (Wische, Kontorarbeiten) die Firma laut Buchbinderzeitung fabriziert, ist uns nicht bekannt. D. A. Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Werkstück schließlich wochenlanges Studium erforderlich; daher wohl der lange Zeitraum zwischen der letzten Versammlung und dem Erscheinen des Artikels. Bei Betrachtung des Inhalts dieses Aufsatzes, fällt dem mit der ganzen Sache vertrauten Leser der scharfe Gegensatz in der Bezeichnung des Prinzipals und Chefs der Firma, Herrn Kommerzienrat Soenneden, in dem Artikel, und der in den Kommissionsbesprechungen von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Verbände beliebten, sofort auf. Hier, Herr Kommerzienrat und wieder Herr Kommerzien-

### Darum hat die Christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Interesse am Erstarben des Gutenberg-Bundes?

Zu wiederholten Malen hat „ein günstiger Wind“ den sozialdemokratischen Partei- und Arbeitersekretariaten Absichten und Abzüge von Manuskripten zugeweht, die die Aktion der christlich-nationalen Arbeiter aus schwerste zu schädigen, ja zu durchkreuzen geeignet waren. Wir denken an die Gewerbegerichts wahlen zu Mülheim-Ruhr im Oktober 1907. Da haben die Sozialdemokraten eine Antwort auf das christlich-seitige verfaßte Flugblatt zu geben vermocht, noch ehe dieses Flugblatt überhaupt erschienen war. Bei den Gewerbegerichts wahlen in Elberfeld 1909 wurde das sozialdemokratische Parteiprogramm, die freie Presse, in die Lage versetzt, den Wortlaut eines Flugblattes abdrucken zu können, ebenfalls bevor es publiziert war. Bei der Vertreterwahl zur Ortsversammlung in Krefeld Ende 1908 haben die Sozialdemokraten in einem Flugblatt gegen eine Erklärung (sonst in einem Flugblatt in der Druckerei des Generalanraters gelegen und niemals gedruckt worden war.

In Nr. 26 vom 8. März 1909 schildert der Korrespondent selbst einen ähnlichen Fall. Ein Verbandsmitglied hatte sich einen Druckzettel angeeignet, in dem eine Petition, die in einer Druckerei angefertigt wurde, und den Inhalt vollständig für eine Zeitung am Orte vermerkt. Die Petition sollte ausschließlich geheim gehalten werden. Der Verbandsleiter entlassen und wegen Unterschlagung zu 5 Mk. wurde. Im die Konditionslosenunterstützung entgegen. Dem Artikelverleiher ist das verwunderlich. Er hätte lieber gesehen, wenn dem Verbandsmitglied kein Geiz geträumt worden wäre.

Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Verbandsmitglieder mit Notizen über christliche Gewerkschaften etc. zum Redakteur gingen, um ihn „aufzuklären“, daß dies aber jenes nicht stimmte. Keulich erst weigerte hausein, den Verbandsmitgliedern in einer Druckerei Redaktionen zu geben. Das Manuskript sei „verloren“ gegangen. Nachdem er aufgebracht wurde: entweder oder — hat er es schließlich am nächsten Tage doch gegeben. „Verloren“? — Wie es Verbandsmitglieder vielfach machen, wenn Gutenberg-Mitglieder eingekauft werden, haben wir nachgewiesen. Parole: entweder der Wunderler wird entlassen, oder aber wir stellen die Arbeit ein.

Wenn es so weiter geht und der Verband die Allmählichkeit hat, dann kommen wie zu ähnlichen Verhältnissen, wie in Oesterreich. Die Frankfurter Zeitung berichtete unter dem 3. Februar 1908 aus Wien folgenden Fall: „Der Vertrag der Wiener Zeitungsgesellschaft besteht dem Personal, nach 3 Uhr vorzutreten nach ein Manuskript zu legen. Nun traf hier die Nachricht von Don Carlos Ermordung um punkt 3 Uhr nach ein. Die Druckereileiter der Zeit und der Neuen Freien Presse

rat — dort Scharfmacher, Ausleger, Wortbrücker; hier vor Süßigkeit tiefend, dort im Sauerbenton über den Tisch herfallend.

Der Zweck ist sehr leicht zu erkennen; in Versammlungen den Feld des Tages durch alle möglichen Kraftausdrücke zu spielen, welche ja bei den sozialdemokratischen Verbänden mit zur Lebensfolge gehören und andererseits sich in dem Artikel, welcher ja zweifellos dem Herrn Kommerzienrat eingeschickt wurde, einer anfänglichen Sprache, soweit die Firma berührt wird, zu bedienen, um dann nebenher Personen, denen man nur zu gerne etwas am Zeuge flicke, lästig verdächtigen und in den Schmutz ziehen zu können. Wir geben gerne zu, daß dieser Bruder Kemmel, den Sozies ein recht unangenehme Geselle ist und ihrer Ausbreitung bei der Firma hinderlich im Wege steht; doch gibt dieses dem Artikelschreiber nicht das Recht, in so unflätiger Weise über ihn herzufallen und zu verurteilen. Warum gibt Artikelschreiber, welcher doch sonst sein Maul recht voll nimmt, nicht Beweise für seine ordinären Verdächtigungen, warum führt er nicht einen einzigen Fall von Terrorismus an? warum nennt er nicht einen einzigen seiner Genossen, welcher je durch den betreffenden Kemmel benachteiligt wurde? Warum schildert er nicht die Bewegung bei der Firma, wie sie tatsächlich war? Warum nennt er nicht mit einer einzigen Silbe seinen Mitarbeiter M., den man in die Kommission wählte an Stelle Nießens und welchen man 14 Tage darauf aus dem roten Buchbinderverbande ausschließen wollte. Warum erwähnt er ferner nicht, daß zur Zeit der ersten Kommissionsverhandlungen, Mitglieder der christlichen Organisationen sich freiwillig erboten, zum Herrn Kommerzienrat zu gehen, um persönlich mit demselben zu verhandeln und daß die Mitglieder der roten Organisation wohl in den Sitzungen den Mund recht voll nahmen, doch zu diesem Schritte zu feige waren? Dagegen einen Brief an den Herrn Kommerzienrat abschicken, nachdem alle Arbeit geschehen war, dazu fanden die roten Brüder den Mut und suchten sich dieselben hierfür ein allein stehendes Mitglied des roten Folgarbeiterverbandes aus, damit nur ja niemand aus den Reihen des Buchbinder- und Metallarbeiterverbandes in Ungnade falle. Warum macht er dem graphischen Verbands den Vorwurf, zu der beklagten Fabrikbesprechung schnell den Kollegen Hornbach herbeigeholt zu haben, da die Besichtigung der roten Organisation doch schon mehrere Tage vorher bestellt waren? Warum sagt er ferner nicht, was Nießen veranlaßte, in der betr. Fabrikbesprechung sich so aufzuregen, daß ihm zeitweise die Stimme überflieg, während er doch „schwerer Krankheit“ halber den Kommissionsposten sowie den Posten eines Vorsitzenden der Zahlstelle des roten Verbandes niedergelegt hatte?

Warum, fragen wir ferner, all diese verlogenen Schmierereien in dem betreffenden Artikel? Die Renner der Sachlage selbst vom roten Lager können umöglich solchen Schwindel glauben. Denn wer solches als Beileger an der Bewegung, als den Tatsachen entsprechend findet, muß mindestens an einem Gehirneffekt leiden. Oder sollte der betr. Artikel vielleicht für die christl. Zahlstelle bestimmt sein? Vielleicht um die in derselben angebl. sich befindenden Mitglieder unter den Verdachtsart herüberzuziehen. Unsere Mitglieder haben von der Art Nießens und Konforten übergenug, und könnte in dieser Beziehung an Druckerchwärze geklopft werden. Ober glaubt Artikelschreiber, daß auch nur ein einziger Genosse sein Mitarbeiter, ausgenommen Freude, ehrliebe Freude an seinem Geschmüre haben kann, wir glauben es nicht.

Wir sind ferner überzeugt, hätte die Redaktion, bevor sie den Artikel abdruckt, sich bei jedem zbeliebigen anständigen Mitgliede der roten Zahlstelle über die in demselben aufgestellten Behauptungen und Verleumdungen erkundigt, würden dieselbe doch Bedenken getragen haben, ihn zu empfehlen. Auf die persönlichen Anrempelungen näher einzugehen, verbietet uns der Anstand und überlassen wir es Deuten von dem Schlage des Artikelschreibers und Wiffenten, in dieser Weise ihrem Lieberdusch an Intelligenz Lust zu machen. Nur möchten wir dem roten Buchbinder-Verbands respektvolle seiner Zahlstelle Wonn noch eines zurufen: Fahren Sie fort in dieser Weise so agitierten, dann werden Sie in Kürze wenigstens die anständigen Kollegen aus ihr vertrieben haben.

**Das Ergebnis** der Bewegung bei der Firma **Soukanen** ist folgendes: Die Arbeitszeit wurde täglich um 40 Minuten verkürzt und beträgt somit 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden. In der Buchbinderei wurden außerdem verschiedene zu tieferstehende Affordbänge etwas erhöht. Es ist bestimmt zu erwarten, daß durch festes Zusammenhalten der Arbeiterkraft in der Organisation weitere Erfolge erzielt werden können. Wenn die Firma auch nicht in allen Punkten den Wünschen der Arbeiterkraft sofort nachgegeben ist, so bedeutet doch das Erreichte einen bedeutenden Fortschritt. Birta 800 Arbeiter waren an der Bewegung interessiert.

## Hundschau.

**Die Verhandlungen über den Tarif** sind am 28. Juni in Leipzig beendet worden. Die im Wortort des Tarifs enthaltenen Bestimmungen wie Arbeitszeit, Stundenlöhne etc., treten am 1. Juli in Kraft. Die neuen Akkordarbeitervereinbarungen der Kommission sollen erst am 21. Juli durchgeführt werden können, da die Drucklegung längere Zeit beansprucht und außerdem auch abgewartet werden muß, ob die Vereinbarungen auch durch Mehrheitsbeschlüsse angenommen werden. Der neue Akkordtarif enthält etwa 1000 Positionen mit rund 12000 Preisbestimmungen. Der Tarif soll vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1916, also 5 Jahre gelten. Wesentliche Verbesserungen sollen nur für Vorarbeiten in Betracht kommen. An den geschaffenen Verbesserungen können also nicht alle Branchen gleichmäßig teilnehmen. Wie wir schon früher mitteilten, sind die Jugendschiffe

kaum befriedigend, aber die Ablaufszeit verteilt die Machtverhältnisse so ungleich, daß kaum mehr durch andere Wege erzielt werden kann.

Am 4. und 5. Juli wird durch die vom soz. Buchbinderverband einberufenen Versammlungen in Berlin, Leipzig, Stuttgart, zum Tarif Stellung genommen.

**Die Bewegung** in der Berliner **Galanteriewarenindustrie** ist durch Abschluß eines Vertrags auf 5 Jahre beendet worden. Der Vertrag bringt eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 Pfg. pro Stunde. Die Löhne der Akkordarbeiter werden durchschnittlich um 6% erhöht. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. Juli 52<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Std. und ab 1. Juli 1914 52 Stunden.

In der Berliner **Kugelpapierbranche** ist ebenfalls durch den soz. Buchbinderverband eine Bewegung eingeleitet. Der Fabrikantentag der chromolithographischen Anstalten hat eine Antwort abgelehnt und will nur ohne Vertrag einzelne Aufbesserungen vornehmen. Die Lohnkommission soll nun nochmals Verhandlungen herbeizuführen versuchen und bei Ablehnung erstere Maßnahmen ergreifen.

**Verband westdeutscher Konsumvereine, Sitz Mülheim a. Rh.** Derselbe hält am 23. und 24. Juli in Köln, Coloniahaus, Nachenerstraße seinen vierten ordentlichen Genossenschaftstag ab. Neben den für diese Tagung im Statut vorgesehenen Punkten stehen 2 Referate auf der Tagesordnung und zwar:

1. Genossenschaftliche Grundzüge. Referent Vordirektor Feldmann-Dorn.
2. Unsere nächsten Aufgaben. Referent Geschäftsführer Wiffels-Werden.

Außerdem findet am zweiten Tage eine Besichtigung der Neu-Anlagen (Bakerei, Lagergebäude und Büro) der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ (Mülheim a. Rh.) statt.

Genannter Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens außerordentliche Fortschritte gemacht. Das Fehlen eines neutralen, reinen Konsumvereinsverbandes führte bekanntlich zur Gründung desselben, die im Dezember 1908 mit 48 Vereinen erfolgte.

Heute sind dem Verband westd. Konf.-Ver. über 90 Genossenschaften angeschlossen, unter denen sich auch solche befinden, die wegen der dort vorherrschenden sozialdemokratischen Tendenzen aus dem Zentralverband in Hamburg ausgetreten sind. Der westdeutsche Verband ist fortgesetzt im Vormarsch begriffen. Während die übrigen Verbände von Rheinland und Westfalen, was Zahl der Vereine angeht, stagnieren, laufen bei ihm immer wieder Neu-Anmeldungen ein. Im verfloffenen Jahre wurde bei einem Umlauf von M. 13 946 000, 11 ein Umlauf von M. 1 806 241, 72 erzielt. Die Mitgliederzahl stieg von 36 760 auf 52 716.

In dem ständigen Fortschritt des Verbandes liegt der Beweis, daß seinen Prinzipien und Tendenzen eine gesunde Weisheit innewohnt.

Die aus vertriebenen in der Fachpresse bisher erschienenen Artikeln hervorgeht, erstreckt die Leitung des Verbandes den Zusammenschluß aller in Deutschland bestehenden nichtsozialdemokratischen Konsumvereine und würde die Verwirklichung dieser Idee zweifellos eine Förderung der gesamten Konsumvereinsbewegung im Besonderen haben. Der eben erschienene Jahresbericht behandelt in seinem ersten Teil die Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, während der zweite Teil einen genauen Bericht über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 1910 umfaßt. Der Bericht kann unentgeltlich vom Sekretariat des Verbandes in Mülheim (Rhein) bezogen werden.

## Bestrafter Terrorist.

Der sozialdemokratisch-organisierte Schlosser **W. H. Kurz** wurde am Amtsgericht Stuttgart am 7. Juni wegen Verleumdung zweier Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und versuchter Arbeitsverhinderung zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen, sowie zur Zahlung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Wie die beiden christlich-organisierten Schlosser sich weigerten, dem roten Terror sich zu beugen und den vom sozialdemokratischen Verband gegen den christlichen Metallarbeiterverband infizierten Streit mitzumachen, hatte Kurz auf die beiden christlichen Arbeiter eine Flutwelle aus dem roten Schimpfblätterlegion, gemischt mit Drohungen losgelassen, wofür er obige Strafe erhielt. Ein Opfer der sozialdemokratischen Erziehungsmethoden!

## Soziale Wahlen.

Am Sonntag, den 25. Juni fand in **Soukanen** die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse statt. Die Liste der christlich-nationalen Arbeiterkraft erhielt 1214 Stimmen, die Genossen 1182. Da Verhältniswahl ist, erhalten wir 41, die Genossen 40 Vertreter. Im Jahre 1908 erhielten wir 909, die Genossen 716 Stimmen und eroberten damit zum erstenmale die Vertreter zur Ortskrankenkasse. Was die Genossen, als sie die Macht hatten nicht taten, geschah nun durch unsere Kollegen. Sie führten die Verhältniswahl ein, und so erhalten auch die Genossen Vertreter. Gegenüber der Wahl vor drei Jahren haben die Genossen eine größere Stimmenzunahme wie wir. Dies kommt daher, daß der evangelische Arbeiterverein und der Arbeiterfortbildungverein die Kandidaten der Sozialdemokratie unterstützten, wofür sie von den Genossen recht bald wieder kräftige Justizirte erhalten werden.

## Aus den Zahlstellen.

**Berlin.** In unserer am 21. Juni stattgefundenen Versammlung wurden u. a. auch die Betriebsverhältnisse einzelner Firmen eingehend erörtert und dabei festgestellt, daß gerade in solchen Betrieben, wo man es am wenigsten erwartet, belagerten Zustände inbezug auf Behandlung herrschen. So wurde auch vor einiger Zeit in der Vaterländischen Verlag- und Kunstanstalt einer unserer Kollegen entlassen, angeblich wegen „unlieb-

samer Unbotmäßigkeit.“ Schon seit einigen Jahren klagen unsere Kollegen in dieser Firma über ungerechte Behandlung seitens des Werkmeisters, sowie den dadurch bedingten Maßnahmen der Betriebsleitung. Die Herren Meister haben es bisher meisterhaft verstanden, jene Kollegen, welche nicht ihrer Bestimmung entsprachen, bei der Betriebsleitung in der Weise anzuschwärzen, indem sie die geringsten Kleinigkeiten zu schweren Verfehlungen aufbauschen und dadurch die Entlassung herbeiführten. Der zuletzt entlassene Kollege soll in der momentan herrschenden geschäftstillen Zeit etwas länger gearbeitet haben. Dieses wurde der Betriebsleitung ohne direkte Beanstandung unterbreitet und der Kollege mußte sich verantworten.

Durch die fortgesetzte Schikanierung und Tonart des derzeitigen Meisters war es begrifflich, daß unser Kollege nicht zu allem schweigt. Auf Drängen nahm er dann seine Klage gegen den Meister zurück und nachdem er vor der Gesamtheit nicht sofort das Gleiche tun wollte, ging der Herr Meister wieder zur Betriebsleitung. Trotzdem er nachträglich auch vor der Gesamtheit seine Klage gegen den Meister zurückgenommen hatte, wurde er wiederum zur Betriebsleitung gerufen und dort unter Verweigerung der Rechtfertigung kurzerhand entlassen. Der Herr Meister hatte es also nicht notwendig die Belästigungen gegen unseren Kollegen zurückzunehmen und trotzdem dieser den gestellten Anforderungen gegenüber dem Meister entsprach erreichte letzterer sein Ziel in der bisherigen Praxis.

Herr Wiese ist seit 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren der 8. Wertmeister im genannten Betriebe, aber deshalb doch „gläubwürdig“ wie ein Arbeiter. Wir überlassen es dem Urteil der Allgemeinheit zu entscheiden, wer anständig gehandelt hat. Sorgen die Kollegen kräftig dafür, daß derartige Ungerechtigkeiten nicht weiter um sich greifen, sondern energische Abwehr erfahren.

## Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

**Augsburg.** Jeden 2. Samstag im Monat im Verlehrslokal der christl. Gewerkschaften.

**Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat, abwechselnd im Restaurant Vogel, Köbigerstr. 16 in Barmen und Rest. Wilms, Ludwigstr. 31 in Elberfeld. Nächste in Elberfeld.

**Bonn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr im Lokale Viander, Clemens Auguststr.

**Berlin.** Mittwoch, den 12. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, bei Reuter Köpenickerstr. 62.

**Bielefeld.** Jeden 1. Freitag im Monat im christl. Gem.-Haus bei Debour, Dorsfelderstr. 84. Anfang 8 Uhr.

**Düsseldorf.** Jeden 1. Samstag im Monat, Gasthaus Neue Post.

**Donaueschingen.** Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Wöhner, Scharfes G.

**Düsseldorf.** Jeden 8. Juli, Versammlung mit Vortrag. Alle erscheinen.

**Essen.** Dienstag, den 11. Juli, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal Altbredushaus, Frohnhauserstr.

**Frankfurt.** Jeden 1. Dienstag im Monat im Rechnerhof, Langestr. 16.

**Fagen.** Samstag, den 8. und 22. Juli, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei W. Eichhoff, Körnerstr.

**Köln.** Samstag, den 8. Juli im Dreieck.

**München.** Samstag, den 15. Juli, im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

**Münster.** Samstag, den 8. Juli bei Stegmann, Clemensstr. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht.

**N.-Glabbe.** Jeden ersten Samstag im Monat im Lokale v. d. Wülstedt abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Paderborn.** Jeden 2. Montag im Monat, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Büchhaus (Wasserfont 1).

**Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jakobierschule.

**Straubing.** Jeden letzten Samstag im Monat im Verbandslokal Münchener Hof.

**Stuttgart.** Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung, abends 8 Uhr, im Lokale zum „Römischen König“ Solgstr. 3, 1 Treppe.

**Würzburg.** Am Dienstag, den 11. Juli.

## Zahlstelle Augsburg.

Nach längerem Weiden verschied am 26. Juni unser treues Mitglied, Kollege **August Frank**, im Alter von 45 Jahren.  
**Er ruhe in Frieden!**  
Die Ortsverwaltung.

**Stöewer**

2 Goldene Medaillen.

Die Eroberer der Welt.

**Bernh. Stöewer A.G. Stettin. 2000 Arbeiter**

General-Vertreter für Rheinland und Westfalen:  
Joh. Gerlach, Köln a. Rh., Essen a. Ruhr, Dortmund, Düsseldorf, Aachen, Elberfeld, Saarbrücken.

Verantwortlich: A. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.  
Köln-Chrenfelder Handelsdrucker, Klarstr. 9.